

Antrag 82/II/2024**KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Abschiebungen nach Afghanistan stoppen**

1 Wir fordern:

- 2 • Ein sofortiges stoppen der Abschiebungen nach Af-
- 3 ghanistan
- 4 • Das Unterlassen jeglicher Abschiebungen von Per-
- 5 sonen aus nicht sicheren Herkunftsländern in diese
- 6 und deren Nachbarländer, darunter fallen unter an-
- 7 derem auch Syrien, Iran, Irak, Libyen, Pakistan und
- 8 die Türkei.
- 9 • Eine öffentliche begründete Erklärung der Bundes-
- 10 regierung, die den Menschen vermittelt, warum es
- 11 nicht sinnvoll ist nach Afghanistan und andere nicht
- 12 sichere Herkunftsländer abzuschicken, auch keine
- 13 Gefährder oder Verbrecher
- 14 • Investitionen in die Präventionsarbeit für Geflüchte-
- 15 te
 - 16 – Leichterem Zugang zu Arbeit
 - 17 – Niedrigschwellige Therapie Angebote, auch für
 - 18 minderjährige Geflüchtete, etwa an Schulen
 - 19 – Extra Personal an Schulen, das speziell für den
 - 20 Umgang mit Geflüchteten geschult ist und de-
 - 21 ren Muttersprachen spricht
 - 22 – Menschenwürdige Unterkünfte

23

24

25 Begründung

26 Nach dem Anschlag in Solingen hat die SPD geführte Bun-

27 desregierung unter Beteiligung von 11 Bundesländer, dar-

28 unter Berlin, 28 Straftäter nach Afghanistan abgeschoben.

29 Es wird gedroht weitere abzuschicken. Im Grundgesetz

30 ist ein Asylrecht verankert, die Genfer Flüchtlingskonven-

31 tion hat Deutschland unterschrieben. Nach beiden kann

32 Afghanistan nicht als sicheres Herkunftsland anerkannt

33 werden, daher ist es nicht erlaubt Menschen dorthin ab-

34 zuschieben, das gilt auch für Straftäter*innen. Das hat

35 auch einen guten Grund, auch Straftäter*innen drohen in

36 Ländern wie Afghanistan Verfolgung oder sogar der Tod,

37 in der Bundesrepublik Deutschland gibt es allerdings seit

38 1949 keine Todesstrafe mehr, eine Abschiebung nach Af-

39 ghanistan kommt dieser aber gleich und ist daher nicht

40 hinnehmbar.

41

42 Auch Islamisten dürfen nicht in Staaten wie Afghanistan

43 abgeschoben werden, ihnen droht dort zwar sehr wahr-

44 scheinlich nicht der Tod, viel eher würden diese für ihre

45 Gewalttaten belohnt werden und/oder weitere Taten be-

46 gehen, dies wäre insbesondere für die Angehörigen der

47 Opfer solcher Anschläge eine besondere Grausamkeit. Die

48 Täter haben in Deutschland eine Straftat begangen, soll-
49 ten also auch nach deutschem Recht verurteilt und be-
50 straft werden, die Verantwortung dafür trägt der deut-
51 sche Staat und darf sich davor auch durch Abschiebung
52 gen nicht drücken. Ebenso darf das Umgehen der Genfer
53 Flüchtlingskonvention durch Abschiebung in Nachbarlän-
54 der von nicht sicheren Herkunftsländern, damit diese die
55 Leute dann weiterleiten keine Option seien.

56

57 Prävention statt Repression

58 Um Anschläge zu verhindern braucht es sicherlich auch
59 gute Polizeiarbeit, aber anstatt erst einzugreifen und et-
60 was zu tun, wenn die Menschen schon fanatisch sind, soll-
61 te vorher etwas getan werden um solchen Fanatismus zu
62 verhindern. Dazu braucht es Aufklärungsarbeit an Schu-
63 len, in Flüchtlingsunterkünften, etc.

64

65 Nur die wenigsten Straftäter*innen sind überhaupt Atten-
66 täter. Die allermeisten Geflüchteten verüben überhaupt
67 keine Straftaten. Die Wenigen die Straftaten begehen, be-
68 gehen kleinere Delikte bzw. ausländerrechtliche Delikte.
69 Die Präventionsarbeit für solche Leute ist viel einfacher
70 zu leisten und auch kostengünstiger als deren potentiell-
71 le Gerichtsverfahren und Gefängnisaufenthalte zu finan-
72 zieren. Es braucht lediglich eine richtige Integrationsar-
73 beit. An Schulen braucht es dafür Psycholog*innen und
74 geschultes Personal, um mit den Kindern in ihrer Mut-
75 tersprache reden zu können und die Lehrkräfte zu unter-
76 stützen. Flüchtlinge brauchen niedrigschwellige und um-
77 fangreiche Therapieangebote, sie haben fast alle trauma-
78 tische Gewalt-Erfahrungen gemacht. Sie brauchen Men-
79 schenwürdige Unterkünfte und einen niedrigschwelligen
80 Zugang zu Arbeit, die meisten Flüchtlinge wollen arbei-
81 ten. Dadurch können sie unabhängig vom Staat werden
82 und schnell mit anderen Menschen in Kontakt kommen
83 und so z.B. schneller die deutsche Sprache lernen. Wenn
84 ihnen ein menschenwürdiges Dasein auf Augenhöhe der
85 übrigen Menschen in Deutschland ermöglicht wird, dann
86 werden die Menschen auch nicht zur Umgehung des Ar-
87 beitsverbotes und anderer repressiver Lebens Einschrän-
88 kungen Straftaten begehen. Der deutsche Staat und da-
89 mit die Politiker*innen sind verantwortlich dies zu ermög-
90 lichen, den übrigen Bürger*innen zu vermitteln und die
91 gesellschaftlichen Gräben zu schließen.